
Präkeynesianismus in Österreich⁽¹⁾

Felix Butschek

Daß die Weltwirtschaftskrise ein ständiges Thema der wirtschaftshistorischen Forschung abgibt, kann deshalb nicht verwundern, weil sie den schwersten Rückschlag der industriewirtschaftlichen Entwicklung seit deren Entstehung brachte. Ursache, Intensität und Dauer, aber auch ihre Überwindung werden immer wieder untersucht. In den meisten Analysen wird der zeitgenössischen Wirtschaftspolitik hierfür eine zentrale Rolle eingeräumt. Eine der jüngsten Arbeiten mißt dem „Regime“ des Goldstandards sogar das größte Gewicht bei (2). Dem stehen Auffassungen gegenüber, welche zumindest für Mitteleuropa inhärente Schwächen der Wirtschaft in den zwanziger Jahren sehen, vor allem aber Begrenzungen des damaligen wirtschaftspolitischen Spielraums (3). Wie immer dem sei, für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise blieb der Wechsel des wirtschaftspolitischen Regimes in den USA und Deutschland, der Übergang von den neoklassischen Traditionen mit restriktiven Implikationen des Goldstandards zu einer expansiven Fiskalpolitik von zentraler Bedeutung. Jene folgte keineswegs einem geschlossenen und konsistenten theoretischen Konzept – Keynes „General Theory“ erschien erst 1936 – beruhte jedoch im wesentlichen auf (Notenbank-)kreditfinanzierten zusätzlichen Staatsausgaben sowie einer expansiven Geldpolitik.

Allerdings blieb der um die Mitte der dreißiger Jahre einsetzende Aufschwung weltweit so schwach, daß sich die wenigsten Länder bis Kriegsausbruch der Vollbeschäftigung auch nur nähern konnten. Diese konjunkturelle Schwäche lag sicherlich auch daran, daß sich dieser Regimewechsel keineswegs in allen Staaten vollzogen hatte. Großbritannien blieb auch nach der Pfundabwertung des Jahres 1931 auf der Linie einer zurückhaltenden Budget- und Geldpolitik und Frankreich war zum Haupt des „Goldblocks“ geworden.

Österreich zeigt kein eindeutiges Bild. Wohl gab es ab 1933 „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ und Budgetdefizite in der Größenordnung von 1,7 Prozent bis 2,7 Prozent des BIP, verbunden mit einer Geldpolitik, welche eine Expansion zumindest nicht behinderte (4), doch kann man sicherlich nicht von einem Regimewechsel in dem Sinne reden, wie er in Deutschland und den USA stattgefunden hatte. Und der 1934 einsetzende Aufschwung blieb ebenso schwach wie in vielen anderen europäischen Ländern, sodaß sich die katastrophale hohe Arbeitslosigkeit bis 1937 kaum verringerte. Nun bleibt gewiß die Frage nach dem politischen Handlungsspielraum der damaligen Bundesregierung offen. Sie stand nach der „Lausanner Anleihe“ nicht nur weiterhin formell unter Kontrolle des Völkerbundes, sie blieb auch faktisch auf die dort maßgebenden Länder orientiert, und diese zählten eben nicht zu den Vertretern einer expansiven Fiskal- und Finanzpolitik (5). Auch haben die Erfahrungen seit der „Erdölkrise“ gelehrt, daß die Möglichkeiten einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik selbst dann begrenzt sind, wenn keine theoretischen oder politischen Vorbehalte gegen sie bestehen.

Dennoch wurde die Wirtschaftspolitik der damaligen Bundesregierung nach dem 2. Weltkrieg heftig kritisiert. Als einzigen Milderungsgrund ließ man den Umstand gelten, daß in Österreich theoretische Alternativen zur herrschenden Neoklassik praktisch unbekannt gewesen seien. Nun hat in den letzten Jahrzehnten die Forschung nicht nur für Deutschland die Existenz eines recht weiten Kreises von Vertretern präkeynesianischer Gedanken festgestellt (6), dessen Überlegungen in das „Sofortprogramm“ der NSDAP von 1932 eingingen (7), sondern es erweist sich, daß solche Gedanken auch in Österreich keineswegs unbekannt waren. Anfang der dreißiger Jahre setzte in Österreich eine breite Diskussion darüber ein, wie die Krise und damit die Arbeitslosigkeit überwunden werden könnte. Diese Diskussion füllte alle Massenmedien und führte zu verschiedenen Plänen, wie etwa dem „Industrieplan“ einiger Industrieller sowie dem Projekt „Arbeitsbeschaffung in Krisenzeiten“ der Österreichischen Völkerbundliga (8).

Diese Ausarbeitungen zeigten naturgemäß sehr unterschiedliche Qualität und sehr differente ökonomische Positionen. Den vom Gesichtspunkt des präkeynesianischen Denkens interessantesten Beitrag dieser Zeit lieferten Dr. Otto Deutsch und Ing. Alexander Vértés in ihrem 1932 im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei erschienen Buch mit dem Titel „Aufbau nicht Abbau!“

Das Werk enthält nichts weniger als einen Plan zur vollständigen Beseitigung der herrschenden Arbeitslosigkeit in Österreich. Dieser besteht in einem zehn Jahre umfassenden Programm öffentlicher Investitionen. Die Arbeit enthält ein präzises Verzeichnis aller Projekte, die im Rahmen dieses Konzeptes realisiert werden sollten. Für jedes davon sind die gesamten wie jährlichen Kosten, die Zeit der Fertigstellung, die Zahl der Beschäftigten sowie die Finanzierungsweise angegeben. Schon im

Hinblick auf die Investitionen der Bundesregierung sowie auf die Zeit der späteren deutschen Okkupation und des Wiederaufbaus sind die vorgeschlagenen Projekte interessant. Sie umfassen den Bau der Reichsbrücke und von Straßen, Bodenmeliorationen, Flußregulierungen und Wildbachverbauungen, die Errichtung von Wasserkraftwerken an der Donau (Ybbs-Persenbeug), Drau, Mur, Traun und Enns, in Tirol und im Tauerngebiet, eines Pumpspeicherwerks bei Payerbach-Reichenau, die Elektrifizierung der Bundesbahnen, der Vorortelinien in Wien, den Bau einer U-Bahn, die Ausgestaltung der Wasserstraßen (Hafen Wien), Telefonüberlandzentralen und Fernkabel, Elektrifizierung der ländlichen Gebiete, Hotel- und Wohnbauten und die Schaffung einer Stromschiene (9).

Diese Investitionen sollten schon im ersten Jahr Arbeitsplätze für 500.000 Personen schaffen und damit die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigen. Die Anfangsfinanzierung wäre durch Begebung einer Inlandsanleihe von 400 Mio. S bis 500 Mio. S unter günstigsten Bedingungen sicherzustellen, doch stünden auch sehr bald die ersparten Arbeitslosengelder bis zu 350 Mio. S zur Verfügung. Für manche dieser Projekte, soweit sie auch einzelwirtschaftlich rentabel wären, könnte das Kapital auch durch Gründung von Aktiengesellschaften aufgebracht werden, und letztlich kämen auch noch „Lieferantenkredite“ als Finanzierungsquelle in Frage.

Nun repräsentiert ein solcher Plan an sich bereits einen makroökonomischen Ansatz gegenüber einer Wirtschaftspolitik, die sich darauf beschränkte, durch Einsparungen sowie Lohn- und Kostensenkungen eine Atmosphäre des „Vertrauens“ und der „Zuversicht“ zu schaffen, doch enthält die Arbeit darüber hinaus explizit einschlägige theoretische Überlegungen. So lassen sich darin Grundgedanken in Richtung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erkennen:

„Der Sinn des Sparens besteht nicht darin, durch Verzicht auf Lebensnotwendigkeiten Geldmengen in den Kassen der Banken aufzustapeln, dann aber diese Berge dort liegenzulassen, sondern durch Verzicht auf Luxusausgaben notwendige Mittel bereitzustellen. Mit diesen Ersparnissen, und nur mit diesen, müssen dann auf dem Umwege über die Banken Produktionsmittel geschaffen, es muß also investiert werden. Heute herrscht aber zwischen Konsumgütern und Lohn, Lohn und Ersparnissen, Ersparnissen und Investitionen, Investitionen und Konsumgütern nicht das richtige Verhältnis, da die Investitionen vollständig eingestellt worden sind.“ (10)

Vor allem verstanden die Autoren ihr System durchaus dynamisch und entwickelten einen veritablen Multiplikator! Sie stellten dessen Mechanismus anhand der Ausgabenwirkung einer Investition von 100 S dar. Diese verteilen sich auf privaten Konsum, Steuern und Abgaben, Ersparnisse und Importe, welche entsprechend weitere zusätzliche Einnahmen und Ausgaben verursachen, die sich im Sinne einer geometrischen Reihe durch die Volkswirtschaft fortpflanzen (11).

Tabelle 1:**Wirkung einer Investitionsausgabe von S 100,-**

	Konsumgeld	öffentliche Abgaben	Rücklagen	Importe
1. Stufe	75	15	6	4
2. Stufe	52,5	12,7	4,5	5,3
3. Stufe	36,7	8,9	3,2	3,7
4. Stufe	25,7	6,3	2,2	2,6
5. Stufe	18	4,4	1,5	1,8
6. Stufe	12,6	3,1	1,1	1,3
7. Stufe	8,8	2,1	0,8	0,9
8. Stufe	6,2	1,5	0,6	0,6
9. Stufe	4,4	1	0,4	0,4
10. Stufe	3,1	0,7	0,3	0,3
11. Stufe	2,2	0,5	0,2	0,2
12. Stufe	1,5	0,4	0,1	0,1
13. Stufe	1	0,3	0,1	0,1
14. Stufe	0,8	0,2	—	0,1
15. Stufe	0,6	0,1	—	0,1
16. Stufe	0,4	0,1	—	—
17. Stufe	0,3	0,1	—	—
18. Stufe	0,2	0,1	—	—
Summe	250	57,5	21	21,5

Quelle: Deutsch, Vertés (1932) 23.

Zwar verlangen die Autoren, daß diese öffentlichen Ausgaben nicht die Erzeugung von Konsumgütern fördern dürften, da diese eben nicht absetzbar seien. In den erläuternden Ausführungen wird jedoch diese Position relativiert, indem sie erklären, daß „... sogar für den Fall, als wir ganz sinnwidrig und ohne Ertrag investieren würden, wäre nur der Erfolg auf der ersten Stufe gleich Null. In der Folge würden alle zu erwartenden Effekte eintreten“ (12).

Auch sollten die Investitionen mit heimischen Materialien und nur für produktive Zwecke erstellt werden. Im Sinne des Multiplikatorsansatzes weisen die Autoren auch immer wieder auf die negativen Folgen von Lohnkürzungen hin, und ihr makroökonomisches Denken wird unterstrichen, wenn sie dazu meinen: „Was dem einzelnen Fabrikanten ... als vorteilhaft erscheint, kann für die Wirtschaft als Ganzes doch sehr schädlich sein.“ (13)

Die Finanzierungstechnik für die Mittelaufbringung erscheint gleichfalls durchaus adäquat, wenngleich einige geldtheoretische Überlegungen etwas unklar erscheinen. Grundsätzlich wäre nach Meinung der Autoren eine innere Anleihe von 400 bis 500 Mio. S unter günstigen Bedin-

gungen aufzulegen gewesen. Implizit meinten sie offenbar, daß damit überschüssige liquide oder gehortete Mittel erfaßt werden sollten, denn der Notenumlauf sei „... nach der Schätzung der maßgebenden Finanzfachleute um mindestens 500 bis 600 Millionen zu hoch, wenn man die Schrumpfung des Geschäftsverkehrs und der Produktion sowie die Verminderung der Banknotendeckung in Betracht zieht. Gewiß wäre es ohne weiteres möglich, im Wege einer Banknotenabstempelung den überschüssigen Teil des Geldumlaufes aufzusaugen und auf diese Weise die Gesamtzirkulation zu verringern. Der abgestempelte Teil könnte dann im vollen Ausmaß zur Finanzierung des neuen Aufbaues verwendet werden.“ (14)

Letztere Überlegung steht freilich nur am Rande, weil der Weg der Anleihefinanzierung den Autoren als der sinnvollste erscheint. Auf budgetäre Probleme gehen sie nicht näher ein, da nach ihren Berechnungen die Ersparnisse an Arbeitslosenunterstützungen und die steigenden Steuereinnahmen den Staatshaushalt entlasten mußten.

Hochentwickelter Präkeynesianismus

Die Einordnung der beschriebenen Arbeit in die präkeynesianische Diskussion der frühen dreißiger Jahre wird dadurch erschwert, daß die Autoren auf jede Zitation und Quellenangabe verzichten. Das unterscheidet sie freilich nicht von vielen ihrer Zeitgenossen. Es ist denkbar, daß Deutsch als Wirtschaftsredakteur der „Neuen Freien Presse“ präkeynesianische Gedankengänge zumindest ansatzweise bekannt waren (15). Zumindest in Deutschland standen die Vertreter dieser Auffassungen untereinander in einem gewissen Kontakt (16). Für ein hohes Maß an Originalität spricht allerdings der Zeitpunkt, zu dem die Arbeit veröffentlicht wurde. Im Buch ist als Erscheinungsjahr 1932 angegeben. Es enthält jedoch im Anhang zahlreiche Stellungnahmen, war also vermutlich schon 1931 abgeschlossen, als in Deutschland die Diskussion erst in Gang kam. Auch geht die theoretische Basis dieser Überlegungen mit ihrem entwickelten Multiplikatormodell über die weit weniger exakten bekannter Autoren, wie etwa Friedländer-Prechtl (1926, 1933) hinaus. Vertés, von dem das Multiplikatormodell stammt, hat dieses erstmalig am 13. Februar 1932 in einem Artikel „Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot“ in der „Neuen Freien Presse“ vorgestellt (17). Ob den Autoren der Mitte 1931 erschienene Artikel von Kahn im „Economic Journal“ bekannt gewesen war, läßt sich schwer feststellen. Die Argumentation weist nicht darauf hin. Zwar stellt Kahn selbst einen Bezug zu Österreich mit dem Wort her: „I began work on my so-called ‚multiplier‘ article in the Austrian Tyrol in August 1930“ (18), doch läßt sich daraus wohl auch kein Zusammenhang ableiten.

Natürlich stellt sich, trotz der aus heutiger Sicht hohen Qualität dieser Gedankengänge, die Frage, welcher Stellenwert ihnen in der zeitgenös-

sischen wirtschaftspolitischen Diskussion zukam. Blieben es Äußerungen obskurer Zirkel, welche die herrschende Neoklassik kaum zu Reaktionen nötigten, wie das vielen heutigen Betrachtern scheint? Das war offenbar nicht die Empfindung der Zeitgenossen. Der Autor mag polemisch übertrieben haben, doch bleibt es immerhin bemerkenswert, wenn Machlup in der Besprechung von Keynes' „Treatise on Money“ im „Österreichischen Volkswirt“ meint:

„Man merkt diesem neuesten Werk über die Geldtheorie stark an, daß es in einer Zeit der Depression und des Preissturzes entstanden ist. Es ist erfüllt von einem Antideflationismus und einer Geneigtheit zu inflationistischen Experimenten, wie sie heute für die Mehrzahl der Nationalökonomien typisch ist(!). Allerdings sind die Thesen des von den Fachwissenschaftlern mit Spannung erwarteten Buches in einer derart komplizierten Denk- und Schreibweise herausgearbeitet, daß nur bei ausdauernden Bücherwürmern und Rätsellösern auf ein tiefergehendes Verständnis für die Keynesschen Lehren zu rechnen ist und daß der Einfluß dieser Lehren kaum die Erwartungen des Verfassers und seiner Anhänger erfüllen wird(!). Es ist dies sehr bedauerlich, denn ein durch wissenschaftliche Erkenntnisse in gewissen Schranken gehaltener Interventionismus wäre immer noch dem pseudowissenschaftlichen Inflationismus vorzuziehen, der im Begriff ist, an der Tagesliteratur und Tagespolitik herrschend zu werden(!) und dessen gefährliche Auswirkungen den Politikern zweifellos nicht erspart bleiben werden.“ (19)

Als Hinweis darauf, daß makroökonomische Gedankengänge keineswegs auf totale Ablehnung stießen, kann man auch die im Buch selbst enthaltenen zahlreichen positiven Stellungnahmen nicht unbedeutender Persönlichkeiten werten. Drunter befanden sich Generaldirektor Ernst Geiringer, Vizepräsident des Hauptverbandes der Industrie Österreichs, Eduard Heigl, ehemaliger Bundesminister für Handel und Gewerbe, Eugen Margaretha, damals Generalsekretär des Wiener Industriellenverbandes, nach 1945 Bundesminister für Finanzen, Richard Reisch, Bundesminister für Finanzen und früherer Präsident der Nationalbank, Josef Resch, Bundesminister für soziale Verwaltung, sowie mehrere Manager aus dem Bereich der Industrie.

Besonders Interesse verdient die Stellungnahme von W. Woytinsky aus Berlin. Diese gibt zwar keinen Aufschluß über die Akzeptanz der Vorschläge unter den Trägern der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik, denn Woytinsky war selbst ein führender Präkeynesianer Deutschlands und Mitverfasser des WTB-Plans der deutschen Gewerkschaften (1932), wohl aber über die sachliche Einschätzung kompetenter Experten. Und diese ist erwartungsgemäß äußerst positiv, allerdings mit zwei relevanten Einschränkungen.

Nach Meinung Woytinskys überschätzten die Autoren die Multiplikatorwirkung der Ausgaben, weil sie Abflüsse in die Landwirtschaft, Schuldentrückzahlung sowie Wiederaufbau der Ersparnisse usw. nicht berücksichtigen. Ebenso meint er, daß das Ausmaß, zu dem die Kosten des Projekts durch ersparte Arbeitslosengelder gedeckt würden, zu hoch

veranschlagt sei. Hier wären zusätzliche Mittel erforderlich. Daß diese durch eine Inlandsanleihe aufgebracht werden könnten, scheint ihm – zumindest für Deutschland – zweifelhaft, sodaß er Kreditschöpfung vorschlägt (20).

Die damals führende Wirtschaftszeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ ließ dem Buch eine kurze, abschätzige redaktionelle Rezension von Walter Federn zuteil werden (21), welche vor allem die Annahmen der Autoren über die privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität in Frage stellt, und damit auch die Möglichkeit der Finanzierung über eine Inlandsanleihe. Doch sah sich die Redaktion gezwungen, die Sache neuerlich aufzugreifen. Sie hatte zwar die Absurdität des Planes festgestellt. „... Dennoch wollen erstaunlicherweise selbst in Kreisen des öffentlichen Lebens, die man sonst ernstzunehmen gewohnt ist, die Stimmen von Wirtschaftsführern nicht verstummen, die sich für den Plan einsetzen.“ (22)

Zunächst kritisiert K. Polanyi die Studie unter dem Titel „Ein gefährlicher Aufbauplan“. Er beginnt mit dem Hinweis auf den „... aus winnigen Theorien und zum Teil entstellten Zahlen gezimmerten Luftbau“, setzt aber systemimmanent fort.

In expliziter Übereinstimmung mit Woytinsky wirft er den Autoren vor, daß sie die Multiplikatorwirkung der Investitionsausgaben weit überschätzten, die Arbeitslosigkeit demnach entsprechend langsamer zurückgehen werde und damit die ersparten Arbeitslosenunterstützungen auch nicht im erwarteten Ausmaß für die Finanzierung zur Verfügung stünden. Damit sei eine Ausgabensumme von 590 Mio. S unzureichend, unterstellte man ein Verhältnis von unmittelbar zu mittelbar Beschäftigten von 1 statt 2,3, dann entstünde zum Erreichen der Vollbeschäftigung ein Finanzierungsbedarf von 983 Mio. S (23). Eine höhere Wirkung der Primärausgaben sei allein deshalb nicht anzunehmen, weil in Österreich die Importneigung außerordentlich hoch wäre. Die Autoren seien in ihren Berechnungen deshalb zu falschen Ergebnissen gelangt, weil sie nicht den Import, sondern nur den Importüberschuß berücksichtigt hätten (24).

G. Haberler stellt unter dem Titel „Mit oder ohne Inflation“ zunächst die Frage, warum nur das „Konsumgeld“ ausgabewirksam sei, nicht jedoch die öffentlichen Abgaben, auch die Importe, da die Schillinge im Inland blieben. Die Verfasser müßten lediglich die Beträge abziehen „... die vielleicht irgendwo als verstärkte Kassenreserven hängen bleiben“. Das blieb freilich nur ein systematischer Einwand zum Multiplikatormodell, dem er jedoch grundsätzlich skeptisch gegenüberstand (25). Die zentrale Schwäche der Arbeit scheint ihm in der Finanzierung zu liegen. Erfolgt sie, wie er sagt, nichtinflationistisch, also durch Steuern oder aus Ersparnissen, dann entstünde an anderer Stelle ein entsprechender Nachfrageausfall. Eine inflationistische Finanzierung könne man sich zur Überwindung der Depression allenfalls in einer weitgehend autarken Wirtschaft vorstellen. „Daß ein kleines, aller Währungsmittel entblößtes Land, wie Österreich, bei dem sich jede noch so kleine Geld-

vermehrung sofort auf den Wechselkurs überträgt, daß ein Land mit einer inflationserfahrenen Bevölkerung sich solche Experimente nicht gestatten kann, weil ihre bloße Ankündigung schon zu einer Flucht vor der eigenen Währung führen müßte – darüber sollte doch Einmütigkeit bestehen.“ (26)

Aber selbst wenn es durch eine interne Anleihe gelänge, gehortetes Geld zu mobilisieren, würde dies nichts am inflatorischen Charakter dieser Vorgangsweise ändern:

„Sehen wir wieder davon ab, daß die genannte Summe viel zu hoch gegriffen ist, nehmen wir an, sie entspreche den Tatsachen und es gelinge wirklich, die gehamsterten Noten durch eine innere Anleihe herauszulocken und in den Verkehr zu bringen, so bleibt immer noch der fundamentale Einwand, daß das ebenfalls Inflation darstellt, d. h. genau so eine Vergrößerung des Geldumlaufes bedeutet – und zu einer Preissteigerung und zu einer entsprechenden Entwertung der Währung führt wie der Druck neuer Noten.“ (27)

Die Autoren versuchten sich damit zu rechtfertigen, daß es in erster Linie um den Aufbauplan ginge, über dessen Einzelheiten selbstverständlich diskutiert werden könne. Sie weisen Haberlers Inflationsvorwurf mit dem Argument zurück, daß einer Geldvermehrung schließlich eine Produktionssteigerung gegenüberstünde. Dem Vorwurf des überhöhten Multiplikators begegnen sie dem Hinweis:

„Denn wir nehmen unter dieser Beschäftigung nicht nur die unmittelbar neu eingestellten Arbeitslosen, sondern auch die Selbständigen, die Kurzarbeiter, Unterbeschäftigten und die schon jetzt durch die Auswirkung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigten Personen.“ (28) Die Neueingestellten würden nur 375.000 ausmachen, was angesichts einer Erstrundeneinstellung von 165.000 eine Relation von nur 1 ergäbe. Die Kritik an der unterschätzten Importneigung versuchen die Autoren mit den Konsequenzen des Investitionsprogramms, das die österreichische Leistungsbilanz erheblich entlasten würde, zu entkräften.

Diese Entgegnung provozierte mit ihren zum Teil tatsächlich etwas elastischen Argumenten eine wütende Replik Polanyis in derselben Nummer, was vor allem die Aussagen über die sich aus dem Multiplikator ergebende Selbstfinanzierung des Plans sowie die Importneigung betraf, und auch Haberler meinte, die Autoren stellten „... die alte Behauptung auf, daß es erlaubt und ungefährlich sei, für ‚produktive‘ Zwecke Inflation zu treiben“ (29). Das Argument, auch in den zwanziger Jahren sei die Geldmenge und Produktion ohne inflationäre Folgen gestiegen, sei unzutreffend, weil im konkreten Fall zuerst die Geldmenge erhöht werde und man erst danach eine Steigerung der Produktion erwarte (30). Darauf erfolgte wieder eine umfassende Duplik von Deutsch und Vértés (31), ohne daß wesentliche Argumente in dieser Diskussion aufgetaucht wären, was schließlich die Redaktion bewog, die Diskussion bei Aufrechterhaltung aller Einwände abzuschließen (32).

Makroökonomie mit kleinen Fehlern

Der Versuch einer rückblickenden Einschätzung der Arbeit von Deutsch und Vértés muß den theoretischen, den empirischen und politischen Aspekt berücksichtigen. Unter ersterem wäre nicht nur der makroökonomische Ansatz hervorzuheben, der bereits Elemente des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts enthält, sondern vor allem die Entwicklung eines Multiplikators. Die teilweise berechtigten Einwände Haberlers – tatsächlich wäre die Nichtberücksichtigung der öffentlichen Abgaben unrichtig, andererseits fließen die Importausgaben tatsächlich ab – ändern nichts an dieser eindrucksvollen Leistung.

Natürlich liegt die Problematik wie auch die Begrenzung der Arbeit in ihrer Geschlossenheit, in ihrer Ambition, das ganze Arbeitslosenproblem Österreich sozusagen mit einem Schlag zu lösen. Unter dem Eindruck der Kritik zogen sich dann zwar die Autoren auf Teillösungen zurück, ohne diese freilich theoretisch zu fundieren. Ihre „Ankurbelung“ war nämlich keine. Sie wie ihre Kritiker berücksichtigen nur die Multiplikatorwirkung der geplanten Investitionsausgaben, weitergehende Wirkungen wie Akzeleratoreffekte und Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte, hervorgerufen durch Änderungen des „Regimes“, kommen nicht vor. Einzig der Beitrag Woytinskys deutet in diese Richtung.

Bedrückend bleiben die Einwände der etablierten und akademischen Nationalökonomie. Während deren Vertreter gegenüber dem Multiplikatoransatz eine gewisse Unsicherheit zeigen, indem sie manche Kritik systemendogen vorbringen, bleibt ihre Inflationsmanie von der Sache her nicht begreifbar. Auch wenn man die Orientierung an der Quantitätstheorie akzeptiert, ist es unverständlich, daß man keinen Zusammenhang zwischen Veränderungen der Geldmenge und der Produktion sieht (bzw. dieser mit dem wunderlichen Argument zurückgewiesen wird, das Geld werde bei staatlichen Investitionen zuerst ausgegeben und erst in der Folge werde produziert). Diese Einstellung scheint umso erstaunlicher, als sich selbst im „Österreichischen Volkswirt“ Autoren eingehend mit dem Problem beschäftigt und dargetan hatten, daß Geldvermehrung bei unausgelasteten Kapazitäten keine inflationären Folgen nach sich ziehen könne (33).

Weniger eindeutig ist die Frage nach der empirischen Relevanz des Projekts von Deutsch und Vértés zu beantworten, also jene, wie weit es geeignet gewesen wäre, sein Ziel zu erreichen, oder wie weit es den ökonomischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen habe. Hiezu muß vorab gesagt werden, daß ein erheblicher Teil der Kritik an dem Programm gerechtfertigt ist, vor allem dort, wo Woytinsky schon seine Bedenken vorgebracht hatte. Offensichtlich wurde ein zu hoher Multiplikator errechnet, nicht zuletzt durch unrealistische Annahmen über die Importentwicklung. Damit wäre auch die komplikationsfreie Finanzierung des Projekts, wie sie dargelegt worden war, unmöglich gewesen.

Nur hatte Woytinsky in seiner Kritik angedeutet, es wäre unwichtig, daß das Projekt in seiner scharfen Abgrenzung realisiert werde, wesent-

lich wären überhaupt durch Budgetdefizit finanzierte zusätzliche Ausgaben. (Das ist auch der Inhalt des WTB-Planes.) Nun braucht man heute – zumindest in Österreich – über die positiven Effekte zusätzlicher defizitfinanzierter Ausgaben kein Wort zu verlieren, tatsächlich kam es ja auch in den folgenden Jahren dazu: von 1933 bis 1935 gab es Budgetdefizite in der Größenordnung von 150 bis 250 Mio. S. Diese Defizite konnten offensichtlich ohne Schwierigkeiten durch Inlandsanleihen gedeckt werden, welche zwischen 1932 und 1937 von 150 Mio. S bis 300 Mio. S erbrachten (34). Es war also eine etwas entschlossenerere Politik in den von den Autoren vorgesehenen Größenordnungen durchaus vorstellbar. Ob eine deutlich weitergehende Defizitfinanzierung vor allem im Hinblick auf eine immer noch notwendige Auslandsunterstützung für den Ausgleich der Zahlungsbilanz tragbar gewesen wäre, bleibt offen.

Unter sehr viel andersgearteter Voraussetzung kam es nach der deutschen Okkupation zu öffentlichen Investitionen von 750 Mio. S, was fast 8 Prozent des Brutto-Nationalprodukts von 1937 entsprach und wesentlich zu dem explosiven Wirtschaftswachstum 1938 und 1939 sowie zum Verschwinden der Arbeitslosigkeit beitrug (35).

Aber damit hält man schon bei den außenpolitischen Rahmenbedingungen dieser Zeit. Angesichts des sich zwar verringernden, aber nach wie vor existierenden, strukturellen Leistungsbilanzdefizits war Österreich auf Auslandsanleihen angewiesen. Man kann nun gewiß darüber rasonnieren, ob die österreichische Politik optimal war. Tatsache bleibt, daß Österreich für seine Operationen auf dem internationalen Kapitalmarkt nicht nur den Kontakt mit den wichtigen Regierungen pflegen mußte, sondern auch mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes. Diese standen fast alle, und insbesondere letzteres, Ideen über expansive Fiskalpolitik skeptisch bis akzentuiert ablehnend gegenüber. Zwar gab es 1932 keinen Kontrollor des Völkerbundes mehr, aber man mußte mit der hohen Aufmerksamkeit des Komitees rechnen, und schließlich führten die Bemühungen um die „Lausanner Anleihe“ 1933 neuerdings zu einer solchen Kontrolle.

Und obwohl die österreichische Bundesregierung eine Wirtschaftspolitik betrieb, welche den Vorstellungen des Völkerbundkomitees und den internationalen Finanzkreisen zumindest nicht entgegenstand, kam es doch immer wieder zu Meinungsdivergenzen mit ersterem darüber, ob nicht doch zumindest ein Teil der in den folgenden Jahren begebenen Inlandsanleihen investiv verwendet werden sollte (36). Es ist also nicht zu übersehen, daß eine Bundesregierung damals selbst innerhalb eines begrenzten Bewegungsspielraumes mit expansiven Wirtschaftskonzepten agieren hätte müssen.

Natürlich kehrt man damit wieder zu der Frage zurück, wieweit sie das überhaupt wollte, und wenn nicht, warum. Nun war, wie bereits eingangs erwähnt, die Situation nicht eindeutig; es gab die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die „Arbeitsschlacht“; es gab – wenngleich aus vielen Gründen zustande gekommene – Budgetdefizite. Die außenpolitischen Beschränkungen wurden bereits dargelegt. Offen blieb bisher die wirt-

schaftspolitische Willensbildung im Inland. Und hier erweist sich nun folgendes:

Wie die Studie Mikoletzky zeigt, gab es Anfang der dreißiger Jahre in der österreichischen Öffentlichkeit eine breite Debatte zur Überwindung der Wirtschaftskrise und über „Arbeitsbeschaffung“. Diese Diskussion erfaßte zahlreiche öffentliche Institutionen, führte zur Ausarbeitung von „Wirtschaftsplänen“ und letztlich auch zu Aktivitäten nicht nur einzelner Minister, sondern auch der Regierung.

Ein relevanter Teil dieser Diskussion trug präkeynesianischen Charakter von beträchtlichem theoretischen Niveau. Ein weiterer Hinweis auf die Qualität dieser Erörterungen mag auch darin gesehen werden, daß es 1932 bereits einen Versuch gab, eine Input-Output-Matrix aufzustellen (37). Zwar stießen die präkeynesianischen Vorschläge zur Krisenbewältigung auf beträchtlichen Widerstand vor allem bei der akademischen Nationalökonomie, wurden aber durchaus ernst genommen, wie eben auch diese Diskussion demonstriert, und übten beträchtlichen Einfluß aus. Wiewohl die Zusammenhänge nicht bis ins Detail geklärt sind, scheint es doch so zu sein, daß manche der Regierungsaktivitäten in Richtung der Arbeitsbeschaffung den Stempel der Gedanken von Deutsch und Vértés trugen.

Anmerkungen

- (1) Der Autor ist Univ.-Doz. Dr. Franz Baltzarek für den Hinweis auf das Buch von O. Deutsch und A. Vértés zu Dank verpflichtet.
- (2) Temin (1989).
- (3) Borchardt (1989).
- (4) Butschek (1985) 54.
- (5) Stiefel (1988) 132.
- (6) Bombach (1976).
- (7) Barkai (1988) 41.
- (8) Mikoletzky (1992).
- (9) Deutsch, Vértés (1932) 45.
- (10) Ebd. 79.
- (11) Ebd. 22.
- (12) Ebd. 33.
- (13) Ebd. 34.
- (14) Ebd. 37.
- (15) Mikoletzky (1992).
- (16) Korsch (1976) 106.
- (17) Mikoletzky (1992).
- (18) Kahn (1984) 91.
- (19) Machlup (1932).
- (20) Deutsch, Vértés (1932) Anhang 114.
- (21) Federn (1932).
- (22) Der österreichische Volkswirt 6 (Nov. 1932).
- (23) Polanyi (1932) 134.
- (24) Ebd. 136.
- (25) Haberler (1932) 137.
- (26) Ebd.
- (27) Ebd.

- (28) Deutsch, Vértés (Nov. 1932) 183.
- (29) Polanyi, Haberler (1932) 186.
- (30) Ebd.
- (31) Deutsch, Vértés (Dez. 1932) 257.
- (32) Ebd. 260.
- (33) Schlesinger (1932).
- (34) Stiefel (1988) 199.
- (35) Butschek (1978) 57.
- (36) Stiefel (1988) 199.
- (37) Hitschmann (1932).

Literatur

- Barkai, A., Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus (Frankfurt/Main 1988).
- Bombach, G. et. al. (Hrsg.), Der Keynesianismus I (Berlin, Heidelberg, New York 1976).
- Borchardt, Knut, Die „Krise vor der Krise“ (= Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge Nr. 89–25, München 1989).
- Butschek, Felix, Die österreichische Wirtschaft zwischen 1938 und 1945 (Wien, Stuttgart 1978).
- Butschek, Felix, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien, Stuttgart 1985).
- Deutsch, Otto; Vértés, Alexander, Aufbau, nicht Abbau (Wien 1932).
- Deutsch, Otto; Vértés, Alexander, Aufbau, nicht Abbau. Eine Entgegnung, in: Der österreichische Volkswirt 8 (Nov. 1932).
- Deutsch, Otto; Vértés, Alexander, Aufbau, nicht Abbau. Eine Duplik, in: Der österreichische Volkswirt 11 (Dez. 1932).
- Federn, W., Auf-, nicht Abbau (Buchrezension), in: Der österreichische Volkswirt 3 (Okt. 1932).
- Friedländer-Prechtl, R., Chronische Arbeitskrise, ihre Ursache, ihre Bekämpfung (Berlin 1926).
- Friedländer-Prechtl, R., Dynamik und Bilanz der Arbeitsbeschaffung, in: Die Wirtschaftswende, Sonderheft (1933).
- Haberler, Gottfried, Mit oder ohne Inflation, in: Der österreichische Volkswirt 6 (Nov. 1932).
- Hitschmann, E., Buchhalterische Methoden in der Wirtschaftsforschung, in: Der österreichische Volkswirt 29/30 (April 1932).
- Kahn, R. F., The Relation of Home Investment to Unemployment, in: The Economic Journal (June 1931).
- Kahn, R. F., The Making of Keynes General Theory (Cambridge, Mass. 1984).
- Keynes, John Mynard, The General Theory of Employment, Interest and Money (London 1936).
- Korsch, A., Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Bombach, G. et. al. (Hrsg.), Der Keynesianismus I (Berlin, Heidelberg, New York 1976).
- Machlup, F., Die Geldtheorie von J. M. Keynes, in: Der österreichische Volkswirt (Juli 1932).
- Mikoletzky, J., Österreichische Arbeitsbeschaffungspläne während der Weltwirtschaftskrise (= unveröff. Manuskript, Wien 1992).
- Polanyi, K., Ein gefährlicher Aufbauplan, in: Der österreichische Volkswirt (November 1932).
- Polanyi, K.; Haberler, G., Replik, in: Österreichischer Volkswirt 8 (November 1932).
- Temin, Peter, Lessons from the Great Depression (Cambridge, Mass., London 1989).
- Schlesinger, K., Der deutsche Ankurbelungsplan und der Inflationseinwand, in: Der österreichische Volkswirt (Sept. 1932).
- Stiefel, Dieter, Die große Krise in einem kleinen Land (Wien, Köln, Graz 1988).
- WTB-Plan der Arbeitsbeschaffung, veröffentlicht am 26. Jänner 1932.